Central-Volksblatt

für den Regierungsbezirk Arnsberg
mit den Gratis-Beilagen „Sonntagsblume“ und „Der Gemeinnützige“.

Fernsprecher: Arnsberg Nr. 44, Werl Nr. 378

Hauptverbreitungsbezirk: Die Kreise Arnsberg, Brilon, Lippstadt, Meschede, Soest, Olpe, Altena, Iserlohn und Hamm.

Postscheck-Konto: Köln Nr. 53 446.

Nr. 269. — Arnsberg und Werl, Dienstag den 19. November 1918. — 63. Jahrgang

Der Anschluß Deutsch-Oesterreichs.

WTB **Berlin**, 17. Nov. Heute fand eine Massenkundgebung für den Anschluß Deutsch-Oesterreichs an die deutsche Republik statt. Dabei gelangte eine Begrüßung der Berliner Universität zur Verlesung mit dem Wunsch nach der gemeinsamen konstituierenden Versammlung. In diesem Sinne sprachen auch sämtliche Redner, darunter Professor Sombard. Auch der Leiter des preußischen Unterrichtsministeriums, Konrad Hänisch, begrüßte diese Bestrebungen.

* **Berlin**, 18. Nov. Die in Berlin anwesenden Mitglieder der Zentrumsfraktion des Deutschen Reichstages und des preußischen Abgeordnetenhauses veröffentlichen folgenden Aufruf:

An unsere Gesinnungsgenossen in Oesterreich.

Bei euch in Oesterreich lag früher die Kraft des alten römischen Reiches deutscher Nation.

Das 19. Jahrhundert hat uns von euch getrennt. Diese Trennung war nur staatsrechtlich und politisch. Blut leugnet nie! Kultur und Sprache blieben gemeinsam, die vielen Fäden, die sich zwischen uns und euch gesponnen hatten, sie blieben unzerrissen. Der Krieg hat uns erneut zu Bundesgenossen gemacht, wir haben gemeinsam geblutet und gedulder, wir tragen gemeinsame Not.

Kamen wir zu euch, kamt ihr zu uns, so hatte keiner das Gefühl, in der Fremde zu sein. Wir haben uns die Nibelungstreue gehalten im blutigen Streit, wir waren bereit, wie die Nibelungen im brennenden Saal den Heldentod zu sterben. Wir wollen gemeinsam leben!

Die Zeit ist gekommen, die Getrennten wieder zu vereinigen. Wir haben mit Freuden die Botschaft vernommen, daß ihr bereit seid, mit uns gemeinsam zu arbeiten. Wir grüßen euch in dieser Stunde und ergreifen eure in freier Selbstbestimmung uns gebotene Bruderhand. Die Zentrumspartei vereinigt alle deutschen Stämme. Kommt zu uns, Brüder in Oesterreich! Das Erbe Windthorsts, das Erbe Luegers sollen vereint uns ein kostbarer Familienschatz werden! Die Gedanken der christlichen Demokratie seien unser gemeinsames Ideal! Helft bauen am neuen Deutschen Reich, an der neuen deutschen Welt! Gedenkt eures und unseres Wahlspruches, und wir stimmen freudig ein:

„Mit vereinten Kräften! Für Wahrheit, Freiheit und Recht!“

* **Zürich**, 16. Nov. Der „Corriere della Sera“ meldet, daß die Mehrzeit der Alliierten gegen den Anschluß Deutsch-Oesterreichs an Deutschland nach freiem Willen des Volkes nichts einzuwenden habe.

Das Schicksal der deutschen Fürsten.

* **Berlin**, 17. Nov. Nach Auskunft des Potsdamer Arbeiter- und Soldatenrats ist es nicht ausgeschlossen, daß der bisherige Kaiser nach Potsdam zurückkehrt. Den jetzt zuständigen Stellen ist unter Darlegung der gegenwärtig in Holland herrschenden unsicheren Verhältnisse eine derartige Anregung unterbreitet worden und hat keine grundsätzliche Ablehnung gefunden. Wie uns gleichzeitig ein Drahtbericht aus Haag berichtet, hat nach holländischen Blättern der Kaiser den gestrigen Tag wegen Unwohlseins im Bett verbracht.

Unter dieser veränderten Sachlage sind auch die Gerüchte über eine Abreise der bisherigen Kaiserin hinfällig. Sie ist durch die Aufregungen sehr mitgenommen, hat aber dem Potsdamer Arbeiter- und Soldatenrat mit ihrem Danke den Entschluß mitgeteilt, vorläufig weiter im Neuen Palais zu bleiben, nachdem der Vorstand des Soldatenrats sich für ihre völlige Sicherheit verbürgt hat.

Die Kronprinzessin ist mit ihren sämtlichen Kindern nach dem Schlößchen Cecilienhof übergesiedelt. Dort hat gestern zwischen Vertretern des Arbeiter- und Soldatenrats und dem dienstuenden Kammerherrn v. Stülpnagel eine Besprechung über die Regelung der Interessen der kronprinzlichen Familie stattgefunden. Die Kronprinzessin hat die Hoffnung ausgesprochen, daß das deutsche Volk ihr den Aufenthalt im gemeinsamen Vaterlande nicht versagen werde. Der Arbeiter- und Soldatenrat hat gleichzeitig zum Schutze der kronprinzlichen Familie eine Wache gestellt.

* **Potsdam**, 17. Nov. An den Anschlagsäulen Potsdams ist folgender Anschlag zu lesen:

Ich bitte die Kameraden der Garnison Potsdam, sich der neuen Regierung zur Verfügung zu stellen. Wir alle wollen nur das Wohl unseres Vaterlandes und Volkes.

Prinz Eitel Friedrich.

* **Haag**, 18. Nov. Dem „Nieuwes van den Dag“ wird aus Amerogen gemeldet, daß am Samstag dort niederländische höhere Offiziere ankamen, die sich zum deutschen Exkaiser begaben, um ihn und sein Gefolge zu entwaffnen. Hierin sei eine Regierungsmaßnahme zu betrachten. Der Exkaiser sieht, obwohl alt, so doch gesund aus. Er unterhält sich in liebenswürdiger Weise mit jedem, der mit ihm in's Gespräch kommt. Des Morgens geht er in Gesellschaft seines Gastgebers in den Anlagen und im Garten des Schlosses spazieren. Bei seinen Ausflügen, die er am Nachmittag unternimmt, grüßt er freundlich die Vorübergehenden. Am Schloß hat sich eine große Anzahl von Journalisten und Photographen eingefunden.

WTB **Kopenhagen**, 17. Nov. Der frühere Großherzog von Mecklenburg-Schwerin mit Gemahlin und 2 Söhnen ist gestern abend hier mit dem Berliner Zug eingetroffen und vom König und der Königsfamilie empfangen worden.

Der Beginn der Friedensverhandlungen.

Dem „Vorwärts“ zufolge wird der Beginn der Verhandlungen über den Präliminarfrieden in kurzer Zeit, jedoch kaum vor Ende d. M., zu erwarten sein. Sie werden in Paris oder Versailles stattfinden und sollen bis Ende Januar beendet sein. Danach würde die Beratung des eigentlichen Friedensvertrages beginnen. Dazu würde ein Apparat von vielen Hundert Delegierten aufgestellt werden. Eine Anzahl von Spezial-Kommissionen müßte gebildet werden, die in Zusammenhang mit der Friedenskonferenz tagen sollen.

Die Wahltermine für die National-Versammlung.

* **Berlin**, 16. Nov. Die vom Reichsamte des Innern ausgearbeiteten Entwürfe für die Wahlen zur konstituierenden Versammlung sind fertiggestellt. Als Termin für die Auflegung der Wählerlisten ist der 2. Januar 1919, für die Wahlen selbst der 2. Februar 1919 vorgesehen. Der Entwurf ist heute nachmittag von der Reichsregierung bereits einer Beratung unterzogen worden. Es ist nicht ausgeschlossen, daß diese noch einige grundlegenden Aenderungen an ihm vornehmen wird. — Wie der „Vorwärts“ erfährt, ist mit dem preußischen Minister des Innern eine Verabredung dahin getroffen worden, daß der Entwurf auch gleichzeitig für die Wahlen zur preußischen Nationalversammlung Geltung haben soll.

Unberechtigte Vorwürfe.

WTB **Berlin**, 16. Nov. Marschall Foch hat an die deutsche Oberste Heeresleitung folgendes Telegramm gerichtet:

Aus Auskünften, welche der Obersten Heeresleitung der Verbündeten zugegangen sind, geht hervor, daß an verschiedenen Stellen, besonders in Belgien, und hier wieder besonders in Gegend Brüssel, seitens der deutschen Truppen Gewalttätigkeiten der Bevölkerung gegenüber, Zerstörung und Plünderung geschehen, alles Handlungen, die doch durchaus im Gegensatz zu den Waffenstillstandsbedingungen stehen. Die Oberste Heeresleitung der Verbündeten rechnet damit, daß die deutsche Oberste Heeresleitung ohne Säumen alle Maßnahmen ergreifen wird, um diesen Verletzungen des unterzeichneten Abkommens Einhalt zu tun. Wenn diese Handlungen nicht in ganz kurzer Zeit aufhören, würde sich die Oberste Heeresleitung der Verbündeten verpflichtet sehen, Anordnungen zu treffen, um diesem ein Ende zu machen.

Foch.

Die deutsche Oberste Heeresleitung hat darauf erwidert:

Die deutschen Bevollmächtigten haben bei den Besprechungen schriftlich und mündlich immer wieder auf's eindringlichste betont, daß die Ausführung der unerhörten und technisch undurchführbaren Bedingungen Ausschreitungen unausbleiblich zur Folge haben werde. Die Schuld für diese Ausschreitungen fällt somit jetzt und in Zukunft ausschließlich der alliierten Heeresleitung zu. Gegen die zu Unrecht erhobenen Vorwürfe erhebt die deutsche Oberste Heeresleitung Protest und betont erneut, daß die Weiterverfolgung der bisherigen Methode seitens der alliierten Heeresleitung ihr wirksame Maßnahmen zum Schutz der eigenen wie der feindlichen Bevölkerung sowie für den Schutz und die Verpflegung der eigenen Truppen unmöglich mache. Sie regt erneut an, daß der von allen Völkern ersehnte Waffenstillstand in einem Geiste durchgeführt wird, der die Wahrung der Menschlichkeit bei Freund und Feind nicht ausschließt.

Zur Sache selbst bemerkt die deutsche Oberste Heeresleitung, daß es sich nach ihr gewordenen Nachrichten um Ausschreitungen der Bevölkerung gegen die wohlhabende Klasse, ebenso wie gegen deutsche Soldaten handelt.

Das Schicksal der Rheinlande.

WTB **Stockholm**, 16. Nov. Die Nachricht, daß in französischen Chauvinistenkreisen geplant werde, die deutsche Rheinprovinz nach der Besetzung zu behalten, wird in der schwedischen Presse mit Entrüstung erörtert.

„Socialdemokraten“ bemerkt, man sei berechtigt, einen Protest der Empörung von seiten der französischen Regierung gegen derartige unerhörte Pläne einer Vergewaltigung eines anderen Volkes zu erwarten.

Im Anschluß hieran meint „Nya Dagligt Allehanda“, es frage sich, inwieweit die französische Regierung wirklich imstande sei, sich zu verteidigen. Doch sei der von den Bolschewisten enthüllte Plan, Deutschland das westliche Rheingebiet zu nehmen, weder vorgesehen, noch dementiert.

„Aftenposten“ bespricht die Angelegenheit in einem Leitartikel unter der Ueberschrift „Zu viel“. Auch diese Zeitung knüpft an die Worte im „Socialdemokraten“ an und schreibt: Die Macht des Rechts besteht ja jetzt nicht mehr, sondern das Recht der Macht ist alles, und die Entente hat die Macht. Es kann ja scheinen, als ob diejenigen Nationen, die vier Jahre lang mit ihrem edlen Ziel der Freiheit und des Selbstbestimmungsrechts der Völker geprahlt haben, sich schämen sollten, mit solchen Plänen umzugehen. Aber in Wahrheit war ja der ganze Krieg kein Ideenkrieg für den Sieg des Rechts, sondern ein Gewaltkrieg für den Triumph der Macht. Und da gibt es wohl keinen Raum für das Schamgefühl, wenn man mit den proklamierten eiligen Grundsätzen bricht. Das einzige, was man hoffen kann ist, daß das deutsche Volk, wenn es den Becher bis zur Neige geleert, und wenn sich die jetzige Gärung gelegt hat, in gleicher Weise wie damals, als Napoleons Eisenfaust es unterdrückte, seine Kräfte wieder sammelt.

WTB **Köln**, 17. Nov. Die Kölnische Ztg. veröffentlicht folgenden Funkspruch an alle Zeitungen in den Ländern der Alliierten und an alle Zeitungen in den neutralen Ländern: Die Vertreter der Presse in Köln und im Rheinland weisen alle Zeitungen der Welt auf die unerträgliche Notlage der Rheinlande hin, in die sie die harten Waffenstillstandsbedingungen versetzen. Die Herausgabe eines großen Teiles des Eisenbahnmaterials verurteilt uns durch die Erschwerung der Verbindung mit dem Osten zur Hungersnot. Es ist uns außerdem unmöglich, große Besatzungen zu verpflegen. Der Rückzug der Armee durch unser Land beschleunigt außerdem den Verbrauch der Lebensmittel. Wir bitten im Namen der Menschlichkeit die Presse der ganzen Welt für die bedrohten Rheinlande einzutreten und zu fordern, daß ein durch den langen Krieg ganz erschöpftes Land nicht völlig niedergetreten werde. Der freiheitliche Sinn in den alten Kulturländern am Rhein ist in der ganzen Welt bekannt. Schützt uns durch die Macht eures Einflusses vor Gewalttaten und Ungesetzlichkeiten.

Der Verein rheinischer Zeitungsverleger.

Grundsätze über die Verpflegung der entlassenen Heeresangehörigen.

WTB **Berlin**, 17. Nov. Der Uebergang der zur Entlassung kommenden Heeres- und Marineangehörigen aus der Militärverpflegung in die allgemeine Lebensmittelversorgung der bürgerlichen Bevölkerung hat nach folgenden im Einvernehmen mit den militärischen Stellen festgesetzten Grundsätzen zu erfolgen.

1. Die Verpflegung geschlossener Verbände erfolgt wie bisher durch die militärischen Behörden.
2. Bei der Entlassung ist dem zu Entlassenden Verpflegung für drei Tage mitzugeben.
3. Soweit die Entlassenen binnen dieser Zeit noch nicht in die Lebensmittelversorgung ihres neuen Wohnortes aufgenommen sind, erhalten sie bis zum 7. Tage nach der Entlassung durch die Zivilbehörden auf Grund ihrer Entlassungsbescheinigung die erforderlichen Ausweise zur Beschaffung ihrer Verpflegung oder soweit Massenspeisungen oder besondere Verpflegungsstellen vorhanden sind, Verpflegungsausweise. Auf der Entlassungsbescheinigung (Soldbuch) ist zu bemerken, wo und wann Ausweise oder Verpflegung gegeben sind. Nach Ablauf von 7 Tagen werden die Entlassenen regelmäßig in die Lebensmittelversorgung ihrer Wohngemeinde aufgenommen sein.
4. Personen, die eine Entlassungsbescheinigung nicht vorzeigen können, sind in erster Linie an militärische Verpflegungsstellen zu weisen. Befindet sich eine solche nicht am Ort, so sind ihnen die zur Beschaffung der Verpflegung erforderlichen Ausweise jeweils für ein bis zwei Tage zu geben oder es ist ihnen durch Zuweisung zu Massenspeisungen usw. für diese Zeit die Verpflegung zu ermöglichen. Dabei ist darauf hinzuwirken, daß sie sich auf schnellstem Wege bei der nächsten militärischen Meldestelle melden. Es empfiehlt sich solchen Personen als Ausweis für die nächste Verpflegungsstelle eine Bescheinigung darüber auszuhändigen, wann, wo und für wielange ihnen Verpflegungsausweise über Verpflegung gegeben sind.
5. Eine Verpflichtung zur unentgeltlichen Verpflegung wird hierdurch den Gemeinden nicht auferlegt.
6. Den kommunalen Verbänden wird auf Antrag für die durch diese Bestimmungen herbeigeführte Mehrbelastung Ersatz gewährt werden. Anträge auf Ersatz sind an die für die Lieferung in Betracht kommenden Provinziallandes- oder Reichsstellen unter Angabe der verpflegten Personen und der Verpflegungstage zu stellen.

Endlich?

WTB **Berlin**, 16. Nov. (Amtlich.) Die großen Arbeitgeberverbände vereinbaren mit den Gewerkschaften der Arbeitnehmer das folgende:

1. Die Gewerkschaften werden als berufene Vertretung der Arbeiterschaft anerkannt.
2. Eine Beschränkung der Koalitionsfreiheit der Arbeiter und Arbeiterinnen ist unzulässig.
3. Die Arbeitgeber und Arbeitgeberverbände werden die Werkvereine (die sogen. wirtschaftlichen Vereine) fortab vollkommen sich selbst überlassen und sie weder mittelbar noch unmittelbar unterstützen.
4. Sämtliche aus dem Heeresdienst zurückkehrenden Arbeitnehmer haben Anspruch darauf, in die Arbeitsstelle sofort nach Meldung wieder einzutreten, die sie vor dem Kriege inne hatten. Die beteiligten Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände werden dahin wirken, daß durch Beschaffung von Rohstoffen und Arbeitsaufträgen diese Verpflichtung in vollem Umfange durchgeführt werden kann.
5. Gemeinsame Regelung und paritätische Verwaltung des Arbeitsnachweises.
6. Die Arbeitsbedingungen für alle Arbeiter und Arbeiterinnen sind entsprechend den Verhältnissen des betreffenden Gewerbes durch Kollektivvereinbarungen mit den Berufsvereinigungen der Arbeitnehmer festzusetzen. Die Verhandlungen hierüber sind ohne Verzug aufzunehmen und schleunigst zum Abschluß zu bringen.
7. Für jeden Betrieb mit einer Arbeiterschaft von mindestens 50 Beschäftigten ist ein Arbeiterausschuß einzusetzen, der diese zu vertreten und in Gemeinschaft mit dem Betriebsunternehmer darüber zu wachen hat, daß die Verhältnisse des Betriebes nach Maßgabe der Kollektivvereinbarungen geregelt werden.
8. In den Kollektivvereinbarungen sind Schlichtungsausschüsse bezw. Einigungsämter vorzusehen, bestehend aus der gleichen Anzahl von Arbeitnehmer- und Arbeitgebervertretern.
9. Das Höchstmaß der täglichen regelmäßigen Arbeitszeit wird für alle Betriebe auf 8 Stunden festgesetzt. Verdienstschmälerungen aus Anlaß dieser Verkürzung der Arbeitszeit dürfen nicht stattfinden . . .

Berlin, den 15. November 1918.

(Folgen die Unterschriften.)

*

Diesen Vertrag veröffentlichen wir mit dem Ersuchen an die Leiter der Reichsbetriebe, seine Bestimmungen in den von ihnen geleiteten Betrieben zu beachten. Den Leitern der Landes- und kommunalen Betriebe wird das Gleiche empfohlen.

Berlin, den 15. November 1918.

Der Rat der Volksbeauftragten: Ebert. Haase.